

«Wir brauchen keine Sperrklausel»

«Die Grossen wollen unter sich bleiben.» – Das war mein spontaner Gedanke, als ich hörte, dass FBP und VU (offenbar) geschlossen die Abschaffung der 8-Prozent-Sperrklausel ablehnten. Non der langen, anstrengenden EWR-Debatte ermüdet, konnten sich die Mitglieder des Landtags offensichtlich nicht mehr dazu aufraffen, dieses Anliegen tiefergehend zu diskutieren.

«Wenn die Weissen (die Freie Liste) gute Leute aufstellen, dann erreichen sie bei den nächsten Wahlen sicher über acht Prozent der Stimmen.» – Eine oft gehörte Aussage, die vielleicht ein Körnchen Wahrheit beinhaltet. Ein Argument für die Beibehaltung dieser ungewöhnlich hohen Sperrhürde ist es aber nicht.

Die landesweite Sperrklausel benachteiligt zum Beispiel Wählerinnen und Wähler des Wahlkreises Unterland. Aufgrund des geltenden Kandidatenproporztes wirft ein Wähler (eine Wählerin) im Unterland 10 Parteistimmen in die Urne, im Oberland hingegen gibt er (sie) 15 Parteistimmen ab. Nachher werden alle (Partei-)Stimmen in einen Topf geworfen, um zu ermitteln, ob eine Wählergruppe den Sprung ins Parlament geschafft hat. Eine Untertländer Liste hat hier deutlich weniger Gewicht als eine Liste aus dem Wahlkreis Oberland.

Warum legt der Landtag soviel Wert darauf, dass eine Wählergruppe landesweit auftreten muss? Wäre es wirklich so schlimm, wenn eine Wählergruppe nur in einem Wahlkreis kandidieren und dort Mandate gewinnen würde? Es ist doch sehr unwahrscheinlich, dass sich eines Tages ein Landesteil abspalten könnte. Das Unterland ist nicht die Slowakei.

Natürlich, Stabilität ist wichtig – besonders für einen Kleinstaat. Unser Land gehört aber zusammen mit der Schweiz zu den stabilsten Ländern in Europa. Im Schweizer Nationalrat sitzen Vertreter/innen von mehreren kleinen Parteien, die nicht gesamtschweizerisch kandidieren, sondern ihre regionalen, kantonalen Hochburgen haben. Bei uns hingegen sitzen seit Jahrzehnten ausschliesslich Vertreter von FBP und VU im Landtag. Die grossen Parteien haben mit ihren durch «amtliche Kundmachungen» staatlich mitfinanzierten Tageszeitungen wirkungsvolle Propaganda-Instrumente, und sie laufen kaum je Gefahr, bei Wahlen an einer 8-Prozent-Hürde zu scheitern.

Die Aufhebung der Sperrklausel verhilft neuen, unverbrauchten Kräften zu einer echten Startchance. Eine dritte politische Gruppierung im Landtag, aber auch parteilose, unabhängige Volksvertreter/innen könnten bewirken, dass alte, verkrustete Strukturen aufgebrochen werden. Dies könnte einer sachbezogenen Politik, die das polarisierende Schwarz-Rot-Denken überwunden hat, zum Durchbruch verhelfen.

(Klaus Biedermann, Vaduz)

Volkstblatt
Donnerstag
5. November 1992